

Kanzler Schmidt, Saudi-König Chalid (r.): Laut Protokoll deutsche Waffen zugesagt

## Sorge um die goldene Zukunft am Golf

**Vor einem Dilemma steht Kanzler Schmidt bei seinem Besuch in Riad: Erfüllt er den Wunsch der Gastgeber nach Panzern, riskiert er den Krach zu Hause. Verweigert er**

**die bereits halbwegs versprochenen Waffen, fürchtet die Industrie um ihre lukrativen Geschäfte mit dem Ölstaat. Ein Bruch mit Bonn indes träfe auch die Saudis.**

Schon Ende Februar bat Helmut Kohl den Kanzler um einen dringenden Termin: Der CDU-Vorsitzende wollte Aufklärung, wie die Bundesregierung denn eigentlich zu den Waffenexporten nach Saudi-Arabien stehe.

Mehr als einen Monat ließ sich Helmut Schmidt Zeit, bis er, Anfang April, den Oppositionsführer gemeinsam mit dessen CSU-Kompagnon Friedrich Zimmermann vorließ. 70 Minuten lang hielt er seinen Gästen Kolleg.

Erst einmal müsse er etwas klarstellen: Versprechungen, versicherte der Kanzler, habe er den Saudis keine gemacht. Bei seiner Reise nach Riad fühle er sich daher gänzlich ungebunden, er wolle sich bei dem Besuch, der an diesem Montag beginnt, überhaupt nicht festlegen, zu den Waffenexporten werde er weder ja noch nein sagen.

Vielmehr, so erläuterte Schmidt den Unionschristen, erkunde er in Saudi-

Arabien erst einmal die Wünsche seiner Gastgeber. Was die Regenten des Wüstenstaates angeblich mit allen möglichen Gesprächspartnern beredet hätten, zähle nicht. Entscheidend sei nur, was zwischen ihm und der Regierung in Riad besprochen werde.

Wenn er die Ansichten der Saudis kenne, werde er erst einmal hören, was die Amerikaner davon halten.

Kohl und Zimmermann schienen die Auskünfte reichlich vage. Ihnen sei zu Ohren gekommen, warfen sie ein, daß selbst aus jüdischen Kreisen in den USA kein Widerstand gegen einen Beitrag der Bundesrepublik zur Stabilisierung der Golfregion zu erwarten sei. Nach amerikanischen Vorstellungen sollten die USA Flugzeuge, die Briten Schiffe und die Deutschen Panzer an Saudi-Arabien liefern.

\* Mit Dolmetscher beim Staatsbesuch in Bonn 1980.

Das alles interessiere ihn nicht, beehrte der Kanzler seine allzu neugierigen Besucher. Weder Präsident Ronald Reagan noch dessen Außenminister Alexander Haig hätten ihn bislang über derlei Wünsche informiert.

Der Verdacht der Unionschristen, der Kanzler wolle kurz vor seinem Gang zu den Saudis seine Karten nicht offenlegen, war nur zu berechtigt: Seit der SPIEGEL Anfang des Jahres die Waffenexport-Pläne der Regierung aufgedeckt hat, ist der Panzerverkauf nach Saudi-Arabien zu einem der heikelsten innen- und außenpolitischen Themen in Bonn geworden.

Schmidt und Koalitionspartner Hans-Dietrich Genscher sind zwar entschlossen, wenn irgend möglich, den Handel durchzuziehen. Aber noch seien, so räumte der Regierungschef vor seinen Gästen von der Union ein, enor-

me Widerstände in Partei und Fraktion zu überwinden.

Nicht nur SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke und Ex-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr zählen zu den Gegnern. In einer Sitzung des Bundessicherheitsrats zeigte sich, daß die Genossen-Fronde von Verteidigungsminister Hans Apel bis hinauf zu Parteichef Willy Brandt reicht. Intern gestand Schmidt denn auch, gegen eine überwältigende Mehrheit in seiner Partei könne er nicht entscheiden.

Daß der Kanzler dennoch an dem Waffengeschäft mit den Saudis hängt, liegt auch an seiner pessimistischen Weltanschauung: Für Schmidt, der oft von düsteren Zukunftsvisionen geplagt wird, ist Saudi-Arabien ein unschätzbar wichtiger Partner, wegen seines Ölreichtums und seines Geldüberflusses gar eine „Weltmacht“.

wie der geplante Panzerverkauf die Basis der Partei.

1971 hatte sich die sozialliberale Koalition per Kabinettsbeschuß auf den Grundsatz verpflichtet, keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete zu liefern — aus moralischen Gründen: Die Bonner, belastet von der deutschen Vergangenheit, wollten nicht mitschuldig werden an kriegerischen Konflikten irgendwo in der Welt.

Zwar wurde diese Selbstverpflichtung seither, häufig genug mit fadenscheinigen Argumenten, immer mal wieder aufgegeben. Doch noch nie war der Bruch so offenkundig wie im Fall Saudi-Arabien. Denn diesmal sollen mit deutschen Panzern ausgerechnet die Gegner Israels ausgerüstet werden.

Annemarie Renger, eine engagierte Verfechterin der deutsch-israelischen Freundschaft, bekam nach einem

abzuwiegeln: Noch seien Waffenwünsche „nicht konkret an uns herangetragen“ worden, in deutschen Zeitungen stehe „hundertmal mehr zu lesen“, als die Regierungen je besprochen hätten.

Am liebsten möchte Schmidt in Riad nur wenig über Waffen, um so mehr über Weltpolitik palavern. „Es wird ein großes, tiefschürfendes, weite Horizonte weisendes Grundsatz-Gespräch“, glaubt der stellvertretende Regierungssprecher Lothar Rühl, „ganz nobel und auch sehr poetisch.“

Aber der Kanzler glaubt selbst nicht so recht daran, daß er allein mit artigen Avancen, kundigen Analysen der Weltlage und vagen Vertröstungen seine saudischen Gastgeber beeindrucken kann.

Seine Berater versuchen ihm zwar einzureden, die Wüstensöhne seien stolz, wenn der Führer einer großen Industriemacht sie beehre. Vor ihren arabischen Nachbarn könnten sie sich mit dem hohen Gast schmücken. Der Besuch an sich sei für sie schon ein Erfolg.

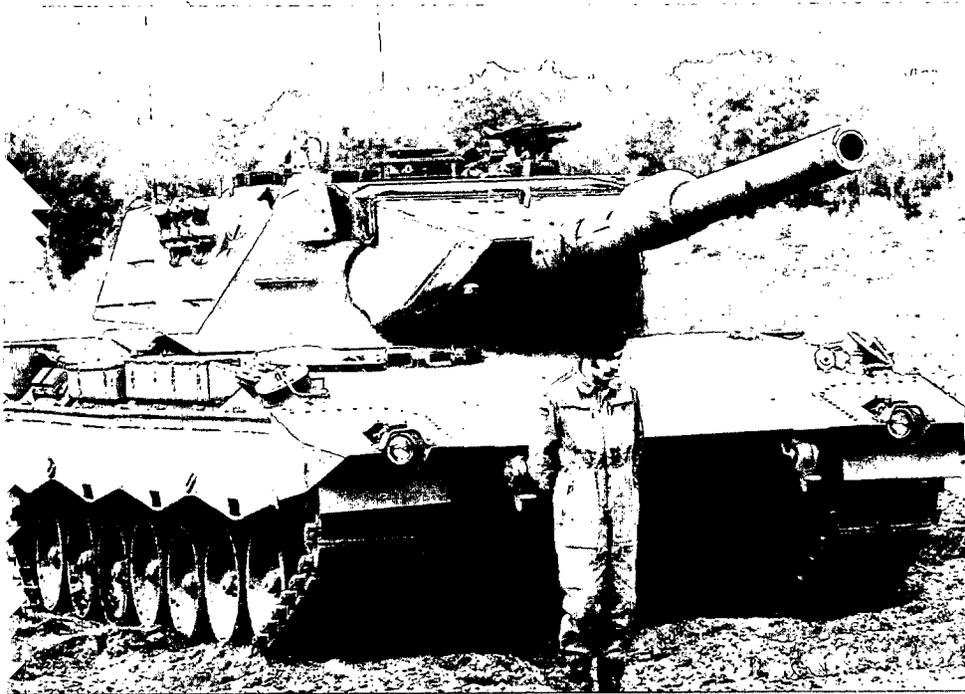
Ob König Chalid so bescheiden ist, scheint jedoch zweifelhaft. Denn bei seinem Bonn-Besuch im Juni vergangenen Jahres war ihm weit Handfesteres in Aussicht gestellt worden. Schmidt hatte seinem Besucher den Eindruck vermittelt, der könne, trotz einiger Schwierigkeiten des Kanzlers mit Parteifreunden, auf deutsche Waffen rechnen. Laut Protokoll des damaligen Gesprächs machte Schmidt dem Saudi sehr wohl Zusagen, die er in vertraulicher Runde in Riad kaum wird abstreiten können.

Die Saudis haben auch, entgegen offiziellen Beteuerungen, ihre Wünsche bereits näher spezifiziert. Unvermindert groß ist ihr Interesse am Leo 2. Wie in einem internen Papier des Kanzleramts nachzulesen, sind sie deshalb so scharf auf den Panzer, weil er als einziges westliches Gerät dem sowjetischen T-72 gewachsen ist.

„Schon die optische Wirkung hat hier ein von Saudi-Arabien wohl zu Recht angenommenes regionalpolitisches Gewicht“, heißt es weiter. Und: „Wohl erst in zweiter Linie geht es um die Deckung eines spezifischen sicherheitspolitischen Bedarfs.“

Nur die Stückzahlen sind inzwischen überholt. Statt der ursprünglich gewünschten 300 Leo 2 wollen die Saudis allenfalls noch 150. Die Lieferung von 3000 Panzern anderer Art, die in Berichten aus Riad genannt wurden, stand nie ernsthaft zur Debatte. Mehr als 1500 sind nicht auf der Wunschliste der Araber.

Die politische Bedeutung des Panzergeschäfts für die Saudis liegt, so die Analyse des Kanzleramts, vor allem in der damit verbundenen demonstrativen Geste: „Die Lieferung hochwertiger Rüstungsgüter spielt eine entscheidende Rolle als symbolträchtiges Unterpfand für die Ernsthaftigkeit des po-



Deutscher Kampfpanzer Leo 2: „Schon die optische Wirkung hat Gewicht“

Eine Allianz mit den Saudis bietet sich in seinen Augen um so mehr an, als die Interessen des Industriestaats Bundesrepublik und des Wüstenreichs sich gut ergänzen. So wie die deutsche Wirtschaft vom Öl der Golfregion abhängig ist, brauchen die Scheichs zur Entwicklung ihres Landes die Technologie des Westens.

Weil der Regierungschef den Zugriff der Sowjets zu den Ölquellen verhindern will, ist er auch bereit, den arabischen Wunsch nach Waffen zu erfüllen, als „Beitrag zur Stabilisierung der Region“, wie die Sprachregelung heißt.

Die Diskussionen der letzten Monate haben dem Kanzler jedoch auch das Risiko eines Engagements am Golf klargemacht. Lange gab es in der SPD keine so ernsthafte Diskussion mehr, in der die Gegner einander durchaus respektierten, selten erreichte ein Thema

SPiegel-Interview („Das ist eine Frage der Moral“) so viel Zustimmung aus der Bevölkerung und von Genossen, wie sie nie erwartet hätte.

Wie sehr das Waffengeschäft einen noch immer wunden Punkt der westdeutschen Gesellschaft trifft, erfuhr der SPD-Abgeordnete Horst Grunenberg aus Bremerhaven. In den Betrieben, so berichtete er, habe die Debatte über das Saudi-Geschäft antisemitische Emotionen hochgespült. Tenor: Wenn die Sozialdemokraten auf Druck Israels lukrative Aufträge ablehnten, würden zuerst ihnen die Scheiben eingeschlagen „und dann den Juden“.

Wenige Tage vor seiner Reise zu König Chalid war dem Kanzler selber noch nicht klar, wie er den Saudis sein Dilemma am besten nahebringen könne. Vor saudischen Chefredakteuren versuchte er letzte Woche öffentlich

litischen Willens der Beteiligten zu einer umfassenden Sicherheitsbindung.“

Dabei sei der saudischen Führung ein Engagement des „Wunschpartners Bonn“ noch lieber als direkter amerikanischer Einsatz, weil die Bonner den Saudis bei deren arabischen Nachbarn „weniger Probleme bereiten“.

Da es um eine politische Demonstration geht, fürchtet Außenminister Genscher um die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik, falls der Waffenhandel nicht zustande komme. Sorgsam vermeidet er zwar jeden Anschein, als dränge er auf den Abschluß des Geschäfts. Der Kanzler müsse schon selber für die Einhaltung seiner Zusage sorgen.

Seine Diplomaten aber erklären freimütig: Wenn der Rüstungsexport scheitere, erscheine die Bundesregierung in Riad als nicht handlungsfähig, weil der Kanzler seine Vorstellungen nicht durchsetzen könne. Es entstehe zudem der Eindruck, die Rücksicht auf Israel sei den Deutschen wichtiger als gute Beziehungen zu den Arabern. Die düpierten Saudis müßten, so ein AA-Experte, „die Absage eines innigen Wunsches als Ohrfeige empfinden“.

Für die Kritiker des Waffenhandels aber wäre ein Prestigeverlust des Kanzlers allemal besser zu ertragen als die quasimilitärische Verpflichtung der Deutschen am Golf. Ihnen scheint das gesamte außenpolitische Konzept dubios, das ein solches Engagement rechtfertigen soll.

Zur angeblichen Stabilisierung der Region, so Egon Bahr, könnten die Bonner auch mit Panzern herzlich wenig beitragen. Im Nahen Osten habe es noch nie Gleichgewicht gegeben, sondern nur viele Konfliktherde. Das werde auch die Bundesregierung nicht ändern können.

Die Absicht, die westliche Präsenz auszubauen, um dem Einfluß der Sowjets zu begegnen, hält Bahr ohnehin für verfehlt. Ein verstärkter Einsatz zwingt Moskau, seinerseits die Aktivitäten in dieser Region zu verstärken.

Daß Waffenlieferungen den Ölstaat auf Dauer nicht an den Westen binden können, belegt Bahr mit historischen Parallelen: Im Iran sei das Schah-Regime, trotz massiver Aufrüstung durch die USA, gestürzt worden. Die Sowjets hätten ihre Erfahrungen mit Ägypten gemacht, das 1972 die russischen Militärberater des Landes verwies. Jüngstes Beispiel: Obwohl der Kreml den Irak jahrelang mit Waffen überhäuft habe, setze sich auch dieser arabische Staat langsam von Moskau ab.

Außerst fragwürdig erscheint vielen Skeptikern eine Liaison zwischen Bonn und Riad auch deshalb, weil ein Umsturz in dem mittelalterlichen Feudalstaat wenn nicht in nächster, so doch in absehbarer Zeit wahrscheinlich scheint. Bahr schloß vor einem Jahr mit dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger eine Wette ab: Er gab dem Re-



Saudische Erdölquelle: Reserven für 12 000 Milliarden Mark

gime eine Frist von vier Jahren, Kissinger immerhin noch acht.

Vor allem unter Sozialdemokraten sind die Bedenken weit verbreitet, die Bundesrepublik lasse sich auf ein riskantes Abenteuer ein, wenn sie im Nahen Osten Flagge zeige. Erstmals würde sie damit als selbständige Macht außerhalb der Nato aktiv, dazu in einem der heißesten Krisengebiete, in dem die Interessen der Supermächte aufeinanderstoßen.

Die Bundesrepublik geriete in unmittelbare Konfrontation mit der Sowjet-Union. Außerdem müßte Bonn sich auf bündnisinterne Händel mit den Amerikanern einrichten, da Schmidts Vorstellungen von einer sinnvollen Nahost-Politik sich keineswegs nahtlos mit denen Washingtons decken.

Das Ende der Selbstbescheidung? Der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel argwöhnt, hinter dem Wunsch nach einem Pakt mit den Saudis stecke tatsächlich so etwas wie westdeutscher Größenwahn. „Es scheint eine heimlich-unheimliche Lust zu grassieren“, so Gansel, „für die Bundesrepublik eine neue politische Rolle zu definieren.“

Um solche Großmannssucht nicht offen eingestehen zu müssen, kaschieren manche Bonner ihren Drang zum Golf mit fragwürdigen ökonomischen Zwängen: Ohne Waffen für den Wüstenstaat drohe der saudische Ölfluß in die Bundesrepublik zu versiegen.

In Wahrheit aber ist die Horrorvision, die Saudis würden den Industriestaat Deutschland wirtschaftlich aushungern, wenn Kanzler Schmidt den Beduinen deutsche Waffen für ihre

Wüstenarmee verweigert, so wenig realistisch wie das Schreckensgemälde vom sowjetischen Vormarsch zum Golf. Denn eine abrupte Abkehr der Scheichs von ihrem bisher geschätzten westdeutschen Handelspartner würde die Saudis selbst hart treffen.

Gesunder Geschäftssinn bei arabischen Ölverkäufern wie deutschen Investoren hat in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Saudi-Arabien und der Bundesrepublik geführt:

- ▷ 1980 stammte ein Viertel des importierten Rohöls aus saudischen Quellen, in diesem Jahr wird der Anteil wahrscheinlich auf ein Drittel steigen;
- ▷ Bundesregierung, Bundesbahn und öffentliche Banken pumpen im vergangenen Jahr fast 20 Milliarden Mark bei den Scheichs;
- ▷ rund 25 Milliarden Mark aus ihren Ölüberschüssen legten die Saudis bei privaten deutschen Banken an;
- ▷ knapp 4,4 Milliarden Mark flossen in die Kassen von deutschen Baukonzernen und Maschinenproduzenten, die beim industriellen Aufbau des dünnbesiedelten Staates glänzend ins Geschäft kamen.

Als würden Märchen aus Tausendeiner Nacht wahr — so schwärmen Deutschlands Bosse, wenn sie an ihre geschäftlichen Möglichkeiten in dem Wüstenreich denken. „Saudi-Arabien“, lobte Vorstandssprecher Hermann Becker vom Frankfurter Baukonzern Philipp Holzmann, „war und

ist für die deutsche Bauindustrie von einmaliger überregionaler Bedeutung.“

Und Roland Mecklinger, Vorstandsmitglied des Stuttgarter Elektrokonzerns SEL, schwelgte: „Kaum ein anderes Land hat unserer Industrie in den kommenden Jahren solche Geschäfte anzubieten.“

500 Milliarden Mark, mehr als zweimal soviel wie der gesamte Bundeshaushalt 1981, will der Golfstaat bis 1985 für die Entwicklung des Landes ausgeben. Allein 50 Milliarden Mark wollen die Saudis aufwenden, um Wüsten in Äcker zu verwandeln. Dazu sollen gewaltige Anlagen zur Meerwasserentsalzung und Bewässerung errichtet werden. An den Stadträndern werden gigantische Kornsilos und Mehlmühlen hochgezogen.

Gut ein Drittel der Milliarden soll in Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Straßen und Wohnungsbau fließen. 560 neue Schulen sind geplant, 11 000 Straßenkilometer durch die Wüste projektiert. Allein der Bau einer vierspurigen Autobahn zur Insel Bahrain wird 2,3 Milliarden Mark kosten.

Bis auf die letzte Stelle vor dem Komma haben die Saudis ihre nahe Zukunft vorausgeplant. Genau 35 853 neue Häuser werden in den nächsten fünf Jahren gebaut, 1 777 000 Telefonapparate und 15 000 Fernschreibgeräte installiert.

Mit rund 160 Milliarden Mark wollen die Ölproduzenten ihre Industrie ausbauen: In petrochemischen und pharmazeutischen Fabriken sollen künftig große Mengen Kunstdünger und Kunststoffe produziert, in mehreren Hüttenwerken soll Stahl erzeugt werden.

Bei der Erfüllung des dritten saudischen Fünfjahresplans — das versteht sich — wollen deutsche Konzerne kräftig mithelfen.

Der deutsche Export nach Saudi-Arabien, verkündete Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), nach einem Riad-Trip im März, könne fast verfünffacht werden — von derzeit 4,4 auf gut 20 Milliarden Mark im Jahr. Rodenstock: „Es geschieht nicht eben häufig, daß auf dieser rezessions- und inflationsgeplagten Welt ein Partner versichern kann: ‚Geld spielt keine Rolle‘.“

Wie Rodenstock schwärmte auch Hans-Otto Thierbach, Vorsitzender des Nah- und Mittelost-Vereins. Die Gesamtölvorräte der Saudis, rechnete der Lobbyist in Bonn vor, hätten einen Wert von 12 000 Milliarden Mark: „Das sind Zahlen, da ist selbst ein Banker ein bißchen fassungslos.“

Die goldene Zukunft fest im Blick, gerieten die Herren aus den Vorstandsetagen in Panik, als sich ausgerechnet in dieser Zeit schönster Erwartungen

ein Schatten auf die profitträchtige Freundschaft legte.

Seit die Debatte über Nutz und Frömmen deutscher Waffenexporte an den Golf entbrannt ist, fürchten die Industriellen, Ehrpusseligkeit in der Heimat könnte ihre Kreise in der Ferne stören. Wenn der Kanzler nein sage, glaubt Roland Mecklinger zu wissen, „können sich viele deutsche Unternehmer künftig die Reisekosten nach Riad sparen“.

Vor Ort wollen Rodenstock und seine Kollegen erkundet haben, daß milliardenschwere Aufträge nur im Tausch gegen Panzer winken. Bei erster Gelegenheit, während eines Hauskonzerts beim Kanzler, gab der Verbandschef diese Erkenntnis an den Regierungschef weiter.

Die Manager wußten nach ihrer Rückkehr von vielfältigen Anzeigen für eine beginnende Verstimmung bei den Saudis zu berichten.

Als die BDI-Abgesandten etwa am dritten Tag ihres Besuchs Ölminister Ahmed Saki el-Jamani eine Liste mit Kooperationsangeboten überreichten, schob der Scheich die Papiere demonstrativ beiseite. Ohne das heikle Panzer-Thema direkt anzusprechen, meinte Jamani lakonisch, die Wirtschaftsbeziehungen könnten nicht isoliert von der politischen Dimension gesehen werden. Längerfristige Vereinbarungen etwa beim Öl seien nur zu diskutieren, „wenn die deutsche Seite technologisch Einmaliges bietet“.

Wie die Saudis reagieren können, wenn sie sich brüskiert fühlen, machte Postminister Alawi Darwish Kajjal



Baustelle der Firma Betonbau Koch



Baulift der Firma M.A.N.



Baustelle der Firma Dyckerhoff & Widmann

**Westdeutsche Unternehmen in Saudi-Arabien: „Kaum ein anderes Land hat solche Geschäfte anzubieten“**



## Es gibt noch Hotels, da ist man nach der Tagung schon zuhause.

Lange Tagungen. Wichtige Konferenzen. Meetings und Schulungen. Da soll man aufstehen können, um es sich an Ort und Stelle gemütlich zu machen. In einem Hotel mit internationalem Standard und freundlicher Atmosphäre. In ruhiger Lage, ohne abseits zu liegen. Crest Hotels bieten überall den ganz persönlichen „Zuhause-Service“.

Crest Hotels gibt es in:

Berlin, Bremen, Düsseldorf/Ratingen, Frankfurt, Friedrichsdorf/Bad Homburg, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Köln, Lüdenscheid, München, Nürnberg, Pforzheim/Niefern, Siegen, Stuttgart/Sindelfingen und in Belgien, Großbritannien, Holland und Italien.

Informationen und Reservierungen über die Crest Reservierungszentrale, Wiesenhüttenstraße 17, 6000 Frankfurt/Main 1  
Telefon 06 11-23 08 51 oder in jedem Crest Hotel.



# Crest Hotels

Unterwegs zuhause

den Deutschen klar: Als Kanada 1979 seine israelische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen wollte, hätte seine Regierung sofort bereits laufende Geschäfte mit den Kanadiern abgebrochen. Mecklinger: „Das war für uns ein deutlicher Wink.“

Mit wem Wirtschaftsleute auch immer zusammentrafen, ob mit Scheichs aus dem Kabinett oder saudischen Bankiers, stets wurde ihnen angeblich versichert, die Saudis wollten mit deutschen Konzernen gerne ins Geschäft kommen, allerdings müsse vorab „diese Frage des Panzer-Handels gelöst sein“.

Massiv werben die Manager seit ihrer Rückkehr für das Waffengeschäft. Heftig bedrängten Unternehmer und Verbandsfunktionäre den

an eine koreanische Firma gehen könnte.

Als schrecklichste Folge der Waffenverweigerung kann sich Ministerialdirektorin Helga Steeg, zuständig für Außenwirtschaft, allenfalls eine befristete Zurückhaltung der Araber bei der Auftragsvergabe denken.

Auf Dauer aber, davon ist nicht nur Helga Steeg überzeugt, werden die schon von Karl May als tüchtige Händler gepriesenen Araber wie in der Vergangenheit jenen Anbietern den Zuschlag geben, die ihnen angemessene Preise, Qualität, pünktliche Lieferung und ordentlichen Service garantieren. Und da waren deutsche Unternehmer bisher durchaus konkurrenzfähig. Vor allem Fabrikanlagen, Baukunst und In-



Saudi-Gast Lambsdorff (1980): Kein Interesse an Öl-Garantien

Kanzler und seinen mitreisenden Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, in dieser Woche nur ja für gute Stimmung in Riad zu sorgen.

Doch die Bonner Macher ließen sich nur mäßig beeindrucken. Die düstere Prophezeiung der Unternehmer, im Falle deutscher Widerborstigkeit würden die Saudis nicht nur lukrative Aufträge stornieren, sondern auch den lebenswichtigen Ölfluß zum Rinnsal verkümmern lassen und mit Krediten für den Bundeshaushalt vorsichtiger sein, konterte Schmidts Staatssekretär Manfred Lahnstein: „Da gibt es keinen kurzschlüssigen Zusammenhang.“

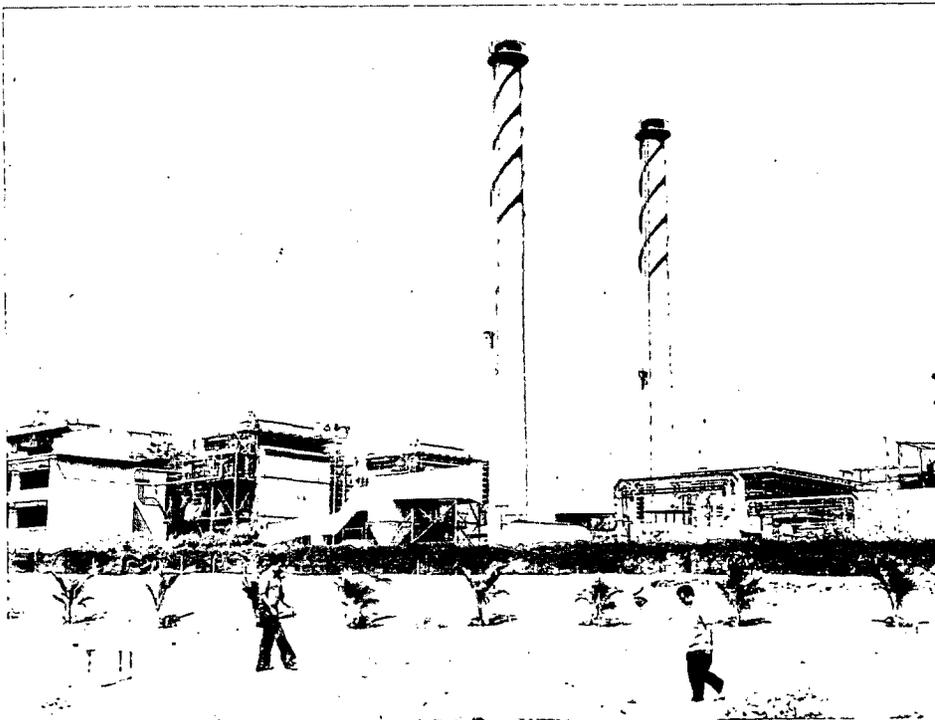
Ähnlich schätzen auch die Experten von Wirtschaftsminister Lambsdorff die Lage ein. Sie wollen nicht ausschließen, daß im Falle einer Verstimung ein Auftrag für Kasernenbauten statt an einen deutschen Konzern mal

genieurtechnik aus deutschen Landen stehen bei den Wüstenherrschern hoch im Kurs.

Der Essener Bau-Konzern Hochtief etwa errichtete als Generalunternehmer in Dschidda auf einem Gelände von 102 Quadratkilometern den größten Flughafen der Welt. Auftragsvolumen: sieben Milliarden Mark.

Ohne die Daueraufträge der Saudis hätten die Hoch- und Tiefbauer die langjährige Bauflaute daheim kaum so gut überstanden. Vor dem Airport Dschidda baute der Essener Konzern schon den Hafen von Dschubeil, die Staumauer in Wadi Dschisan im Süden des Landes und die 10 000-Einwohner-Stadt Chamis Muscheit.

Die Frankfurter Philipp Holzmann AG, seit Mitte der sechziger Jahre mit den Saudis im Geschäft, erzielte allein 1980 mehr als die Hälfte ihres Aus-



Meerwasser-Entsalzungsanlage in Dschidda: „Geld spielt keine Rolle“

landsumsatzes von 3,8 Milliarden Mark mit den Saudis.

Stolz sind die Araber auch auf eine architektonische Meisterleistung der Münchner Baufirma Dyckerhoff & Widmann: Der Wasserturm in Riad, Wahrzeichen der Hauptstadt, soll bald saudische Briefmarken zieren.

In anderen Sparten sind Deutsche ebenfalls mit vielbeachteten Projekten vertreten. Daimler-Benz produziert Laster, der Baden-Badener Stahlindustrielle Willy Korf beteiligte sich mit zehn Prozent an der neuen Stahlgesellschaft Saudi Iron and Steel Company und baut für rund eine Milliarde Mark in Dschubeil ein Stahlwerk. Der Mannheimer Maschinenbau-Konzern BBC und sein Konkurrent KWU erstellen derzeit mehrere Anlagen zur Meerwasserentsalzung. Die Elektro-Konzerne Siemens und AEG installieren Fernseh-anlagen und Telephonnetze.

240 westdeutsche Unternehmen haben mittlerweile in Saudi-Arabien ein Kontaktbüro. Nicht nur die Großen leisten sich eine ständige Vertretung. Auch für Mittelständler wie die Dieter Schöler KG aus Rheinfelden, die Gabelstapler offeriert, oder die Firma Christian Mattfeld aus Bremen, die Holzarbeiten und Möbel anbietet, lohnt sich eine Repräsentanz in Riad.

Selbst die Bayer AG will weiter ausharren und ihren Geschäftsträger Hans Bottner nicht nach Leverkusen zurückbeordern, obwohl der Chemieriese in der vorletzten Woche von der Arabischen Liga als besonders israelfreundlich eingestuft und deswegen auf die Boykottliste gesetzt wurde.

Die Bayer-Leute haben so unrecht nicht. Denn daß die Saudis zwischen

Geschäft und Politik sehr wohl zu trennen wissen, mußten die Westdeutschen im vergangenen Jahr erfahren, als der Export Richtung Golf plötzlich um gut drei Prozent absackte. Grund: Die Araber machten, vor allem in der Bau-Branche, Geschäfte mit den billigeren Japanern und Koreanern — und das, obwohl zu jener Zeit die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Riad ungetrübt waren.

Diese Erfahrung stimmt die Bonner nun hoffnungsfroh. Sollte eine

Schlechtwetterperiode aufziehen, falls die Bundesregierung den Leo 2 verweigert, so kalkulieren sie, würden die jammernden Unternehmer dennoch Verträge abschließen können, sie müßten ihren ausländischen Kollegen halt nur am Markt überlegen sein.

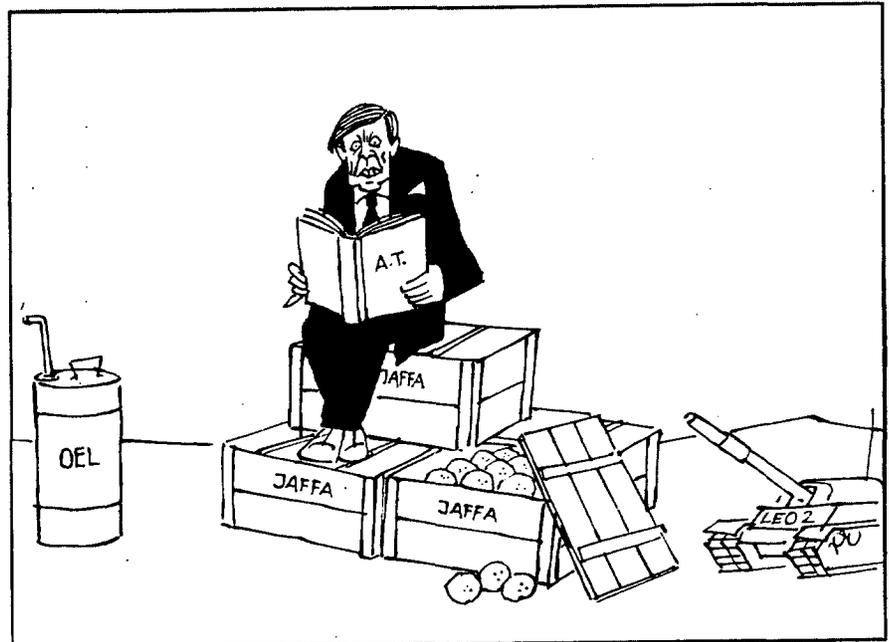
Trotz der Unternehmer-Ängste reist der Kanzler, anders als Britanniens Margaret Thatcher, deshalb nicht mit den Auftragsbüchern der Rüstungskonzerne nach Riad. Es sei nicht seine Aufgabe, so Schmidt, „Verkaufsgespräche zu führen“.

Lambsdorffs Beamtin Helga Steeg ist gar der Meinung, es sei auch nicht Sache der Staatstouristen, die Ölversorgung der Bundesrepublik durch Regierungskontrakte abzusichern.

In bilateralen Verträgen der Importländer mit den Ölproduzenten sehen die Bonner nicht nur einen bedenklichen Eingriff in die Marktwirtschaft, sondern auch ein höchst unzuverlässiges Instrument zur Sicherung des Rohstoffbedarfs. Eine von der Wirtschaft ins Gespräch gebrachte Staatsgarantie der Saudis, für 40 Prozent des westdeutschen Ölbedarfs zu sorgen, streben weder Kanzler noch Wirtschaftsminister an.

Das Geschäft mit Öl und Benzin, so das Bonner Dogma, soll Sache der Multis und der nationalen Energiegesellschaft Veba bleiben. Schmidt und Lambsdorff werden in Riad lediglich dafür werben, daß auch die Veba beim Rangeln ums Rohöl nicht benachteiligt wird.

Die Bonner wollen die internationalen Energiezwischenhändler nicht aus dem Geschäft drängen, weil sie gute



Stuttgarter Nachrichten

„Auf diesen Moses habe ich eine richtige Wut; hätte er damals sein Volk nach rechts statt nach links geführt, säßen die Israelis heute auf dem Öl, und alles wäre kein Problem!“

Erfahrungen mit den vielgescholtenen Multis gemacht haben. Die weltweiten Konzerne mit ihren Verbindungen in alle Ölländer erschweren den Öllieferanten die politische Erpressung. Solange die Förderländer gezwungen sind, ihren Rohstoff vorwiegend über Shell oder Exxon zu vermarkten, können sie nur schwer verhindern, daß auch politisch mißliebige Länder beliefert werden.

Franzosen und Italiener, die nach 1973 im ersten Ölshock ihr Heil in zweiseitigen Abmachungen suchten, mußten erleben, daß sie dadurch weder vor Preiserhöhungen noch vor politischen Pressionen gefeit waren. Brasilien geriet bei Ausbruch des Krieges zwischen Iran und Irak in Bedrängnis, weil das Land sich fast ausschließlich auf irakisches Öl verlassen hatte. Als das ausblieb, war Ersatz kaum zu beschaffen.

„Wir müssen dafür sorgen“, umschreibt Schmidts Berater Lahnstein die Bonner Devise, „immer möglichst viele Eier im Korb zu haben.“

Die Vergünstigungen, die Riad als Gegenleistung für westdeutsche Waffen nach Bonner Einschätzung anbieten wird, scheinen den Experten im Kanzleramt ohnehin von zweifelhaftem Wert. Besonders sei zu prüfen, heißt es in der Studie für den Regierungschef, „ob ein Entgegenkommen (der Saudis) in der Ölpreisentwicklung mehr bedeuten kann als eine Fortsetzung der bisherigen, im Rahmen der Opec verfolgten Preispolitik“. Weiter sei fraglich, ob ein Sonderpreis für die Bundesrepublik im international verfilzten Ölmarkt überhaupt durchgesetzt werden könnte.

Auch mit ihren Milliarden-Krediten für den westdeutschen Staatshaushalt haben die Saudis nach Ansicht der Kanzlergehilfen kein Druckmittel, um den Bonnern Panzer abzapfen zu lassen. Daß die Finanzverwalter in Riad einen beachtlichen Teil ihres Ölgeldes gegenmäßigen Zins in die Bundesrepublik geben, so die Experten, liege im saudischen Interesse, das sei lediglich eine „Diversifizierung eines Teils der Einnahmeüberschüsse“.

Selbst die Befürworter von Panzerlieferungen in Bonner Regierungskanzleien vermeiden es, einen Zusammenhang zwischen zivilen Verkaufserfolgen und der Bereitschaft zum Militärhandel herzustellen. Zu offenkundig ist, daß ausgerechnet Japan und die Bundesrepublik, beide Großkunden der Saudis und weltweit die erfolgreichsten Exporteure der Nachkriegszeit, ihre Rekordergebnisse erzielt haben, obwohl sie bislang den Verkauf von Kanonen und Raketen verweigern.

Die Franzosen, die lange Zeit glaubten, mit Rüstungsexport könnten sie die Märkte für ihre zivilen Industriegüter öffnen, sehen sich inzwischen bitter getäuscht. Noch immer machen die Deutschen die besseren Geschäfte.

# „Angst vor dem eigenen Schatten“

## Gesellschaft und Politik im Königreich Saudi-Arabien

Vieles haben sie im Überfluß: Sand, Sonne, Prinzen, Öl. Manches ist rar bei ihnen: Lebewesen, Menschen vor allem. Und vieles entbehren sie ganz: politische Freiheiten und Rechte, Parteien, Gewerkschaften, eine Verfassung.

So sieht es in diesem Land, dem eventuellen neuen Partner der Bundesrepublik, gelegentlich aus:

Im Namen Allahs dröhnten ungewöhnliche Töne aus den Lautsprechern der Großen Moschee in Mekka. Die rund 500 religiösen Fanatiker, die im Morgengrauen des Tages vor dem Neujahrsfest für das islamische Jahr 1400 die heiligste Stätte der Moslems gestürmt hatten, verlangten Reformen.

Abgeschafft werden sollte alles, was die Gläubigen vom „reinen Islam“ ablenke: Fernsehen, Fußball, Mädchenschulen, Berufstätigkeit der Frauen.

Es dauerte zwei Wochen, bis Saudi-Sicherheitskräfte mit Hilfe französischer Spezialtruppen die Rebellen niedergekämpft hatten. Aber der Schock, den die Moschee-Besetzung am 20. November 1979 beim König und seinen 3000 Prinzen hervorgerufen hatte, wirkt noch fort, beeinflusst die Politik des Ölkönigreichs bis heute.

Zwar beeilte sich Kronprinz Fahd zu verkünden, das Volk habe in „kompletter Harmonie Seite an Seite mit der Regierung“ den Aufstand niedergekämpft, doch „Mekka zeigt, daß die Sicherheit Saudi-Arabiens ein Mythos

ist“, meinte ein hoher Regierungsbeamter in einem Nachbarland.

Den Prinzen, ihren Freunden und Verbündeten war deutlich geworden, wie dünn die Machtbasis der Herrscherfamilie ist, wie brüchig die Verbindung von moderner Entwicklung und antiquiertem Feudalismus, wie fragwürdig die Synthese von Computer und Koran, die sie bisher als einzig erfolgversprechendes Überlebenskonzept angesehen hatten.

Wem war in der Stunde der Bedrohung zu trauen? Die Antwort auf diese Kernfrage des saudischen Königshauses haben bislang weder der Monarch selbst noch seine Prinzen gefunden.

Das Volk hielt damals still und wartete ab. Die Armee einzusetzen, war schon zu riskant. Aus Furcht, zumindest einzelne Teile der Streitkräfte könnten mit den Aufständischen gemeinsame Sache machen, sperrten die Kommandeure während der kritischen Tage ihren Soldaten die Waffenkammern. Verlaß war noch am ehesten auf die 20 000 Mann starke Beduinengarde.

Es war ein schwacher Schutz für ein Land, das zehnmal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur etwa fünf Millionen Einwohner zählt. Rund 7000 Kilometer lang sind die Grenzen des Königreiches, über Tausende von Kilometern durchqueren ungeschützte und kaum schützbares Pipelines das Wüstenland. Mögliche Angreifer hätten gute Chancen, das Netzwerk der saudischen



Saudische Beduinen-Truppe: „Die Sicherheit Saudi-Arabiens ist ein Mythos“